Offener Brief an die Bauarbeiter

An alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre des Industrieverbandes für das Baugewerbe

Die Generaloffensive der kapitalistischen Klasse gegen die Arbeiterklasse gebietet die Schaffung der roten Einheitsfront zum Kampf gegen den Lohnabbau, Notverordnungsdiktatur und faschistischen Terror. Der siegreiche Kampf der roten Einheitsfront für die Kampfforderungen des Proletariats setzt voraus die Ueberwindung des sozialdemokratischen Einflusses unter den Arbeitermassen. Unter der Losung „Eiserne Front" versucht die SPD. die Arbeiter in den Dienst der Brüning-Groener-Severing-Politik zu stellen und die Arbeiterorganisationen als Schutztruppen der kapitalistischen Diktatur auszunutzen.

Der linke Flügel dieser „eisernen Front" im Dienst der Notverordnungsdiktatur sind SAP. und KPO. Sie predigen den Waffenstillstand mit der SPD. im Namen des „Kampfes gegen den Faschismus", während in der Tat die SPD. der aktivste Schrittmacher der faschistischen Diktatur ist.

Entsprechend der Politik der SAP., dieser linken Filiale des sozialdemokratischen Parteivorstandes, versuchen Schiele und Corinth den Apparat des Industrieverbandes für das Baugewerbe gegen die rote Einheitsfront und für die Unterstützung der SAP.-Politik einzuspannen. Die Leitung des Industrieverbandes hat nicht nur Vertreter zur Kundgebung der Rosenfeld-Brandler und Urbahns entsandt, sondern tritt im „Bauprolet" vom 16. Januar 1932 offen für die linke Filiale der SPD. ein. Aehnlich wie der „Vorwärts" verleumdet auch Corinth im „Bauprolet" die KPD. als „ultralinks", weil sie den „Waffenstillstand" mit der SPD. ablehnt. Es wird erklärt:

> „Die SAP. wandte sich an die Parteien und Parteigruppen zur Herstellung einer Einheit gegen die Machtübernahme durch den Faschismus. Eine sehr notwendige Sache, bei der es nur auf die einheitliche Plattform ankommt. Die SPD. lehnte ab. Die KPD. auch!"

Also, der „Bauprolet" unterstützt die demagogische Gegenüberstellung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus und versucht unter der Losung des „Kampfes gegen den Faschismus" die Arbeiter vom gegenwärtigen Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur durch die Brüning und Severing abzuhalten. Ja, die Schiele und Corinth erklären, daß es auf die „einheitliche Plattform" ankommt. Wofür? Mit wem? Wie die Rosenfeld und Co. wollen sie die Illusion nähren, als ob es möglich sei, die SPD. auf eine proletarische Kampfplattform zu bringen. So wie die Schiele, Corinth und Co. beim roten Volksentscheid gegen die Preußenregierung die Geschäfte der SPD. besorgt haben, so auch jetzt. Mit Kenntnis von **Schiele** werden im Industrieverband SAP.-Fraktionen geschaffen, um den Industrieverband in den Dienst der reformistischen Gewerkschaftspolitik der Seydewitz und Co. zu stellen.

Genossen des Industrieverbandes, **vergeßt nicht, daß gerade** die SAP. den Streikkampf gegen die Durchführung der Lohnabbaunotverordnung ablehnte, daß die Führer der SAP. Lohnabbauvereinbarungen mit den Unternehmern getroffen haben (Ziegler-Breslau), daß die **Walcher** und Co. in Berlin im Dienste von **Urich** mit allen Mitteln Streikkämpfe in den Betrieben gegen den Notverordnungslohnabbau zu verhindern suchen. **Wer im Industrieverband die SAP.-Politik so unterstützt wie Corinth, der will den Industrieverband ebenso zu einer Filiale des ADGB. machen, wie die SAP. nichts anderes ist als eine Filiale der SPD.**

Ihr habt Kaiser aus dem Verband hinausgeworfen, weil er den Industrieverband in den Dienst der Brandler und Co. zu stellen versuchte und auch Geldmittel des Verbandes dazu benutzt hat. Jetzt setzt Schiele diese Politik fort. Da aber Brandler zu sehr diskreditiert ist, wird der Apparat des Industrieverbandes benutzt, um die Politik der Rosenfeld und Seydewitz zu propagieren. Dabei besitzen die Schiele und Co. die Frechheit, sich obendrein als Vertreter der Verbandstagsbeschlüsse aufzuspielen. Als ob jemals ein Verbandstag des Industrieverbandes die Unterstützung des Reformismus beschlossen hätte.

Genossen des Industrieverbandes! Ihr könnt euch entsinnen, daß Kaiser und Schiele aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden, weil sie gegen die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale Stellung nahmen und insbesondere den Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften forderten. Das wäre der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nur angenehm gewesen. Dann hätten Leipart und Co. um so leichter die Gewerkschaftsmitglieder unter ihrem Einfluß halten können. Von der Stellungnahme gegen die Gewerkschaftspolitik der KPD. sind die Kaiser, Schiele und Co. jetzt gelandet bei den linken Agenten der Sozialdemokratie, den Rosenfeld und Brandler. Aber damals wurden von der Ruth-Fischer-Zentrale auch revolutionäre Bauarbeiter ausgeschlossen. Das war ein grober politischer Fehler, der den Kaiser und Co. die Durchführung ihrer antikommunistischen Politik erleichterte.

Wenn die Schiele und Korinth ihre Seydewitz-Politik verhüllen wollen durch die verleumderische Behauptung, die KPD. wolle den Industrieverband zerschlagen, so erklären wir offen vor allen Mitgliedern des IVfdB.:

Die KPD. ist für die Einheit des Industrieverbandes auf dem Boden des Klassenkampfes. Feinde der Einheit sind aber diejenigen, die den Apparat des Industrieverbandes für die Durchsetzung einer reformistischen oder trotzkistischen Politik ausnutzen und revolutionäre Bauarbeiter diktatorisch ausschließen. Feinde der Einheit sind diejenigen, die gegen die proletarische Klassenpolitik der RGO. kämpfen.

Wer vertritt allein eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik? Es ist nicht **die Kommunistische Partei, die kämpft um die Schaffung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung** und die gerade **im Interesse einer roten Gewerkschaftsbewegung** ihre Kräfte konzentriert auf die Gewinnnung der Gewerkschaftsmitglieder, um den Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie zu brechen und rote Gewerkschaften als gewerkschaftliche Massenorganisationen der Arbeiter zu schaffen? Wir sind überzeugt, daß die Erfahrungen der Mitglieder des Industrieverbandes über den Verrat der Kaiser und Co. und die Tatsache, daß die Kommunistische Partei mit allen Kräften kämpft um die Schaffung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung, bewirken, daß alle revolutionären Bauarbeiter im Industrieverband aufräumen mit der Antikommunistenhetze der Schiele, Korinth und Co. und gemeinsam mit der Kommunistischen Partei in roter Einheitsfront gegen die Kapitalsdiktatur und ihre soziale Hauptstütze, die SPD., und ihre linke Filiale der Seydewitz, Rosenfeld und Co., kämpfen. **Wir sind überzeugt, daß jene Bauarbeiter, die im Jahre 1924 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden oder ausgetreten sind, daß sie sich wieder in die Reihen der Kommunistischen Partei eingliedern und als Mitglieder der Kommunistischen Partei in der roten Einheitsfront kämpfen werden.**

KPD., Bezirksleitung Berlin-Brandenburg
J. A.: W. Ulbricht.

Branchenleitung des Gesamtverbandes restlos von der Opposition besetzt

Glänzender Sieg der Opposition in der Branche der Möbeltransportarbeiter — Die Antwort auf den Verrat des letzten Streiks durch die Gesamtverbandsbürokratie

Am 25. Januar fand die Branchenversammlung der Möbeltransportarbeiter im Gesamtverband statt. Die Versammlung, die auch die Neuwahlen der Branchenleitung und der Lohnkommission vorzunehmen hatte, war von etwa 260 Kollegen besucht und verlief äußerst stürmisch. Bekanntlich hatten die Möbeltransportarbeiter vor kurzer Zeit einen Streik gegen Lohnabbau geführt, der von den Reformisten schmählich verraten wurde. Der reformistische Branchenleiter Felisch erklärte diesen Streik für „wild" und lief persönlich zu den Unternehmern, um über die Abwürgung des Streiks zu verhandeln.

In der Versammlung am Montag rechneten die im Gesamtverband organisierten Möbeltransportarbeiter mit dem schändlichen Verrat der Bürokraten ab. Während des Referats von Felisch hagelte es Zwischenrufe, wie „Ihr habt uns verraten", und andere Wahrheiten. In der Diskussion stand ein Kollege nach dem andern auf und hielt seine Anklagerede gegen die Bonzen. Ein Kollege aus der sozialdemokratischen Fraktion, der sich als einziger verpflichtet fühlte, die Politik der Branchenleitung zu verteidigen, wurde von den empörten Kollegen niedergeschrien.

Dann präsentierte Felisch die Vorschlagsliste mit den zehn Branchenleitungsmitgliedern. Felisch versuchte, über seine reformistische Liste en bloc abstimmen zu lassen. Dieser Versuch schlug jedoch fehl, weil die Kollegen ganz richtig erkannten, daß sie überrumpelt werden sollten. Die Versammlungsleitung mußte sich dazu bequemen, über jeden einzelnen der zehn Funktionäre getrennt abstimmen zu lassen. Die Opposition hatte ebenfalls zu allen Funktionen Vorschläge gemacht.

Die Abstimmungen ergaben für jeden oppositionellen Kandidaten eine überwältigende Mehrheit. Nicht ein einziger Reformist wurde gewählt. Alle Funktionen sind von oppositionellen Kollegen besetzt. Auch in der Lohnkommission, die aus zehn Köpfen besteht, und die anschließend gewählt wurde, hat die Opposition die absolute Mehrheit.

Die Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Möbeltransportarbeiter hat gezeigt, daß die oppositionelle Arbeit innerhalb der Gewerkschaften mit Riesenschritten vorwärtsschreitet. Sie ist ein leuchtendes Beispiel dafür, wie leicht es ist, jetzt, wo die Streikbruchpolitik der Gewerkschaftsführer offen zutage tritt, die Gewerkschaftskollegen aufzuklären. Schon in den letzten Tagen und Wochen konnten wir täglich über Vorstöße an der innergewerkschaftlichen Front berichten.

Es darf keine Gewerkschaftsversammlungen mehr geben, wo nicht oppositionelle Kollegen aufstehen und mit den Bürokraten Abrechnung halten. Die errungenen Positionen innerhalb der Gewerkschaften müssen durch zähe Kleinarbeit ausgebaut werden. Die Gewerkschaftskollegen müssen von jeder Versammlung, wo den Bürokraten entgegengetreten wurde, sofort Berichte an die „Rote Fahne" einsenden, damit ihre Arbeit auch durch die Presse unterstützt werden kann.

Streikerfolg bei Fusor

Unter Führung des roten Verbandes Lohnabbau zum größten Teil verhindert

Am 5. Januar 1932 trat die Belegschaft von Fusor, Spritzgußbetrieb, Neukölln, in den Streik, da die Direktion einen Lohnabbau von 10 Prozent bei den Männern und einen 15prozentigen bei den Frauen vornehmen wollte. Die Verhandlungen mit dem Betriebsrat scheiterten, der Unternehmer war gewillt, den Lohnabbau bei den Frauen von 15 auf 10 Prozent herabzusetzen.

Am selben Tage verhandelte der DMV. mit der Firma und schloß einen Haustarif ab, wonach bei den Männern 20 Prozent und bei den Frauen auch 20 Prozent abgezogen werden sollten.

Wenn die Männer bis zum 1. Januar im Akkord 1,62 Mark verdienten, so sollten sie nach der Vereinbarung mit dem DMV nur noch 1,30 Mark erreichen können. Während die Frauen bis zum 1. Januar 76 Pfennig pro Stunde verdienten, sollten sie nach dem Haustarif nur 61 Pfennig verdienen können.

Durch Verhandlungen mit dem Betriebsrat und der Streikleitung wurde dieser vom DMV. abgeschlossene Haustarif ab 21. Januar für ungültig erklärt. Die Streikenden konnten den Lohnabbau um ein Wesentliches verringern. Danach sind jetzt die Akkordverdienste **1,50 Mark** für die Männer und für die Frauen 70,3 Pfennig. Die Streikenden haben also einen guten Erfolg errungen. Durch den mustergültigen Streik verdienen die Frauen jetzt 10 Pfennig und die Männer 20 Pfennig pro Stunde mehr. Außerdem wurden alle Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder eingestellt einschließlich der bereits entlassenen roten Betriebsräte zu ihren alten Rechten.

Wenn es hier den Streikenden nicht gelang, restlos den Lohnabbau abzuwehren, so haben sie doch gesehen, daß ihre Kraft schon ausreichte, die wesentlich schlechteren Bedingungen des DMV. abzuwehren und können mit Recht den Ausgang dieses Streiks als einen Teilerfolg buchen.

DMV. vereinbart neun Prozent Lohnabbau

Die Streikfront bei den Metallschleifern steht fest. Trotzdem hat es die DMV.-Bürokratie fertiggebracht, bei der Firma Bergfeld eine Vereinbarung mit dem Unternehmer zu treffen, die 9 Prozent Lohnabbau vorsieht. Die Kollegen Metallschleifer und besonders die DMV.-Kollegen haben keinen Grund, die Arbeit mit einem neunprozentigen Lohnabbau aufzunehmen. Die Streikfront steht fest und der Streik wird bis zum Siege weitergeführt. An die DMV.-Kollegen ergeht der Appell, den streikenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen, sondern ebenfalls den Streik weiterzuführen.

Die Ullstein-Versammlung

Schwindelbericht des „Vorwärts"

Die Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Betrieb Ullstein, die von der SPD.-Gewerkschaftsbürokratie der vier graphischen Verbände einberufen war und am Sonntag, dem 24. Januar, stattfand, war von rund 1000 Kollegen besucht. Die Versammlung selbst wurde von Rollkommandos des Reichsbanners „gesichert". Ein Antrag auf Zulassung der oppositionellen Arbeiterräte wurde gar nicht zur Abstimmung zugelassen. Systematisch wurde allen Funktionären, die als Arbeiterräte nicht mit der SPD.-Bürokratie durch dick und dünn gehen, der Zutritt verweigert. In Abwesenheit der roten Betriebsräte wurden diese von den SPD.-Rednern persönlich verunglimpft.

Sie wagten aber nicht, ihre Streikbruchrolle als SPD.-Betriebsräte und Gewerkschaftsbeamte zu vertreten, sondern ließen erklären, daß **Pflanz** zur Gewerkschaftsbürokratie gekommen wäre, damit sie dafür sorge, daß er und die anderen, die ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind, ungehindert in den Betrieb kommen.

Diese Darstellung ist zur Täuschung der Kollegen erfunden worden. In Wirklichkeit hat, wie wir schon berichtet haben, das graphische Kartell den Streikbruch systematisch organisiert. Auch in der freigewerkschaftlichen Versammlung wurde von den oppositionellen Kollegen den Gewerkschaftsvertretern und den SPD.-Betriebsräten ihre Streikbrucharbeit bewiesen. Der als Schläger bekannte **Grohmann** brachte es fertig, einen oppositionellen Sprecher, der der Bürokratie ihre Arbeiterfeindlichkeit nachwies, tätlich zu bedrohen. Die oppositionellen Gewerkschafter waren darüber ungeheuer empört, sie verließen zum größten Teil die Versammlung, was allerdings falsch war.

Am Schluß der Versammlung war nur noch die knappe Hälfte, rund 500 Kollegen, anwesend. Davon war noch ein erheblicher Teil betriebsfremd. Diese kleine Minderheit brachte es dann fertig, eine Resolution anzunehmen, die den oppositionellen Betriebsräten das Mißtrauen ausspricht. Im „Vorwärts" vom Dienstag morgen macht jetzt die SPD.-Bürokratie davon ein großes Geschrei. Im Betrieb Ullstein ist die SPD.-Fraktion aber nach ihrer verunglückten Gewerkschaftsversammlung sehr kleinlaut. Sie weiß, daß der größte Teil der Belegschaft ihre Handlungen schärfstens verurteilt und zur RGO. steht.

Generalstreik in Sevilla

Madrid, 26. Januar. Die Entsendung von Militär gegen die Streikenden von Katalonien hat in ganz Spanien große Empörung ausgelöst. In Sevilla ist der Generalstreik vollständig. In vielen anderen Städten wird gestreikt.

Das ist Solidarität!

Die Belegschaft von Legrit, Weißensee, hat sich verpflichtet, für die Streikenden von Spritzguß, Weißensee, einen Stundenlohn zur Unterstützung des Kampfes zu zeichnen.

Kollegen und Kolleginnen der Gelb- und Weißmetallindustrie! DMV., EVMB.-Mitglieder und Unorganisierte!

Heute, Mittwoch, den 27. Januar, findet bei Ewalds, Stralauer Straße, eine von oppositionellen Kollegen einberufene Versammlung aller Kollegen und Kolleginnen statt. Alle Kollegen und Kolleginnen, Drücker, Gürtler, Graveure, Ziseleure, Metallformer, Montiererinnen, Löterinnen usw. sollen daran teilnehmen.

Industriegruppe Gemeinde — Verkehr. Heute, Mittwoch, den 27. Januar, 19 Uhr, in Haverlands Festsälen Funktionärversammlung. Mitgliedsbuch und Ausweis mitbringen!

Einheitsverband für das Baugewerbe. Oeffentliche Bauarbeiterversammlung im Osten am Mittwoch, dem 27. Januar 1932, 14 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36.

Betriebsräte, Bandelegierte und Vertrauensleute für das Baugewerbe Groß-Berlins! Am Donnerstag, dem 28. Januar 1932, 17 Uhr, im Lokal von Schulz, Elisabethstraße 30 (Nähe Alexanderplatz), Betriebsrätekonferenz.

Funktionäre der RGO. und roten Verbänden

Am Donnerstag, dem 28. Januar 1932, abends 7½ Uhr in den Sophiensälen (Sophienstraße)

Fortsetzung der Diskussion der letzten Funktionärkonferenz

Alle Funktionäre müssen erscheinen!

Bezirksausschuß der RGO.